



Niederschrift

39. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Mittwoch, 21.03.2007
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	19:30 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 1.077

Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE. PDS	
Frau Klotz, Ursula	DIE LINKE. PDS	
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Steinicke, Alexander	DIE LINKE. PDS	Leitung der Sitzung
Herr Kümmer, Harald	SPD	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	Teilnahme für Frau Lehmann
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	Teilnahme ab 17:40 Uhr
Herr Arndt, Gerhard	BürgerBündnis/FDP	
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	
Herr Brödnö, Sven	Die Andere	
Frau Hofmann-Lauer, Heike	CDU	
Herr Dr. Kwapis, Jörg	Die Andere	
Herr Rieger, Peter	DIE LINKE. PDS	
Herr Bogel-Meyhöfer	Staatl. Schulamt	
Frau Ewers, Josefine	FB Schule und Sport	
Herr Gessner, Torsten	BL Sport	
Frau Rom, Karin	FB Reg. Weiterbildung	
Herr Prof. Dr. Thiel, Wolfgang	Musikschule	
Frau Dr. Voigtländer, Roswitha	FB Öff. Weiterbildung	
Frau Fischer, Gabriele, Beigeordnete		

Nicht anwesend sind:

Frau Knoblich, Hannelore	SPD	Entschuldigt
Herr Bretz, Steeven	CDU	Entschuldigt
Frau Lehmann, Sieglinde	CDU	Entschuldigt
Herr Bohn, René	CDU	Unentschuldigt
Frau Gülzow, Christine	Bündnis 90/Die Grünen	Entschuldigt
Herr Klamke, Volker	SPD	Unentschuldigt
Herr Stief, Norbert	SPD	Entschuldigt
Frau Stolpe, Anne	DIE LINKE. PDS	Entschuldigt
Herr Weiberlenn, Dietmar	BL Schule	Entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Protokollbestätigung und Beschlusskontrolle der 37. und 38. Sitzung vom 21.02.2007

und 01.03.2007, Bestätigung der Tagesordnung

- 2 Überweisungen aus der SVV
- 2.1 Umweltpreis für Kinder und Jugendliche
Vorlage: 06/SVV/0964
Fraktion Familien-Partei
- 2.2 Schulsozialarbeiter
Vorlage: 07/SVV/0125
Fraktion SPD
- 2.3 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK)
Vorlage: 07/SVV/0141
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 2.4 Errichtungsvertrag "Haus der Vereine" Am Luftschiffhafen und Nutzungsverträge
Vorlage: 07/SVV/0142
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 2.5 Sachstand Schulentwicklungsplanung und Ausblick
Vorlage: 07/SVV/0159
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 3 Mitteilung der Verwaltung
- 4 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Protokollbestätigung und Beschlusskontrolle der 37. und 38. Sitzung vom 21.02.2007 und 01.03.2007, Bestätigung der Tagesordnung**
Zu Beginn der Sitzung sind 9 Ausschussmitglieder anwesend. Es wird Beschlussfähigkeit festgestellt. Die Ausschussmitglieder stimmen den Niederschriften der 37. und 38. Sitzung in der vorliegenden Fassung zu. Aus der Beschlusskontrolle ergeben sich keine Probleme.

Frau Drohla möchte unter TOP 4 über die Beratung der AG Jugendhilfe-Schule informieren.

Beschlusstext:

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt den Niederschriften der 37. Sitzung und der 38. außerordentlichen Sitzung in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis Niederschrift der 37. Sitzung:

Zustimmung: 9 einstimmig

Abstimmungsergebnis Niederschrift der 38. außerordentlichen Sitzung:
Zustimmung: 10 einstimmig

zu 2 Überweisungen aus der SVV

zu 2.1 Umweltpreis für Kinder und Jugendliche

Vorlage: 06/SVV/0964

Herr Gohlke erklärt, dass er aufgrund der umfassenden Diskussion in anderen Ausschüssen die Vorlage zurückzieht.

Fraktion Familien-Partei

zu 2.2 Schulsozialarbeiter

Vorlage: 07/SVV/0125

Herr Kümmel begründet den Antrag. Es soll auf das Problem aufmerksam gemacht werden, dass auch künftig ein Schulsozialarbeiter an der Theodor Fontane Oberschule tätig sein muss.

Herr Becker vom FB Jugendamt erläutert die ausgereichte Tischvorlage. Im laufenden Schuljahr sind an den Schulen 40, 49 und 51 drei Schulsozialarbeiter eingesetzt. Diese Anzahl bleibt für den Sozialraum im Schuljahr 2007/2008 erhalten, weil die Förderschule 18 aus der Innenstadt in den Sozialraum VI umzieht. Das entspricht der Schwerpunktentwicklung Der Sozialraum VI hat die meisten Schulsozialarbeiter.

Herr Kümmel bemerkt, dass das der Ausrichtung des Antrages entspricht. **Der Antrag ist durch Verwaltungshandeln erledigt.**

Frau Drohla möchte trotzdem auf den hohen Anteil an Migrantenkindern in den 10. Klassen verweisen.

Fraktion SPD

zu 2.3 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK)

Vorlage: 07/SVV/0141

Herr Kahle, Bereichsleiter Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung, erläutert an Hand von Folien, wie mit dem Stadtentwicklungskonzept (INSEK) umgegangen werden soll. Das Standortentwicklungskonzept und das integrierte Stadtentwicklungskonzept werden fortgeschrieben und sind als ein Prozess zu betrachten. Sie sind Grundlage für die Beantragung von Fördermitteln beim Land. Für den Bildungsausschuss sind die Ausführungen unter F 2, Sport- und Freizeitstandort

Luftschiffhafen, interessant.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an, u.a. zur Mehrzweckhalle.

Herr Kahle informiert, dass die Mehrzweckhalle ein Projekt sei, wo die Stadt hofft Fördermittel beim Land einwerben zu können.

Frau Schulze verweist u.a. darauf, dass Teile im Konzept enthalten sind, die sich aufgrund von Beschlusslagen inzwischen verändert haben, z. B. Off Line. Hier müsste aktualisiert werden.

Frau Paulsen erklärt, dass sie die Mehrzweckhalle unterstütze. Die 180 T€ p. a. lauf. Betrieb sollten rausgenommen werden.

Frau Fischer erklärt, dass im Moment noch keine Planung vorliegt. Bevor der Antrag beim Land gestellt wird, hat die SVV zu entscheiden.

Herr Kahle ergänzt, dass es noch keinen konkreten Beschluss zum Haushalt gibt. Das Land möchte jedoch wissen in welche Richtung orientiert wird. Zum konkreten Projekt wird es einen konkreten Beschluss der SVV geben.

Herr Kümmel empfiehlt zu prüfen, ob man Einnahmequellen organisieren kann, welche die Betriebskosten decken.

Beschlusstext:

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt den bildungs- und sportrelevanten Aspekten des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

zu 2.4 Errichtungsvertrag "Haus der Vereine" Am Luftschiffhafen und Nutzungsverträge

Vorlage: 07/SVV/0142

Dr. Steinicke beantragt Rederecht für Herrn Eschert, Vorsitzender des KCP Potsdam.

Es gibt keine Gegenstimmen.

Herr Albrecht bringt die Vorlage ein. Er erläutert die vorgesehene Nutzung des Hauses der Vereine und die Finanzierung. Der Beschluss der Vorlage ermöglicht der Verwaltung die weitere Planung vorzunehmen und Fördermittel einzuwerben

Herr Eschert, als Initiator des Hauses der Vereine, bekräftigt den Wunsch der Realisierung des Projektes, um bessere Arbeitsbedingungen für die betreffenden Vereine zu schaffen. Er verweist dabei auf den Eigenanteil, den die vereine aufbringen.

Frau Fischer verweist darauf, dass in Potsdam viel für Sportstätten getan wurde. Es gibt aber deutliche Defizite bei der Unterbringung von Vereinen und ihrer Geschäftsstellen. Sie bittet das Projekt zu unterstützen und der Vorlage zuzustimmen.

Herr Dr. Kwapis hat eine Frage zur Finanzierung, die Herr Albrecht beantwortet.

Frau Paulsen erklärt, dass die CDU-Fraktion das Gesamtengagement der Sportvereine unterstützt.

Herr Kümmel bringt einen **Änderungsantrag zu Punkt 4** und einen **Ergänzungsantrag zu Punkt 5** ein:

4. Vor Freigabe weiterer Mittel muss der Finanzanteil der Nutzer sichergestellt und im Bankauszug voll nachgewiesen worden sein.

5. In den Endverhandlungen der Nutzungsüberlassungsverträge ist als Ziel zu sichern, dass sich aus Betrieb und Erhaltung des Hauses der Vereine keine weiteren Belastungen für den städtischen Haushalt ergeben.

Es schließt sich eine kurze Diskussion der Ausschussmitglieder an.

Dr. Steinicke lässt die Anträge abstimmen.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag zu Punkt 4:

Zustimmung: 1

Ablehnung: 2

Enthaltung: 7

Der Änderungsantrag zu Punkt 4 ist abgelehnt.

Abstimmungsergebnis zum Ergänzungsantrag zu Punkt 5:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 2

Enthaltung: 3

Der Ergänzungsantrag zu Punkt 5 ist angenommen.

Es folgt die Abstimmung der DS 07/SVV/0142 mit dem Ergänzungsantrag zu Punkt 5.

Beschlusstext:

1. Den Vereinen (Förderverein des KCP, OSC Potsdam, 1. FFC Turbine Potsdam, DLRG Landesverband Brandenburg, DLRG Ortsgruppe Potsdam) soll auf Grundlage von Überlassungsverträgen auf dem Gelände des Luftschiffhafens ein Gebäude zur Nutzung eines Vereinshauses „Haus der Vereine“ unter der Voraussetzung, dass die Finanzierung zur Errichtung und zum Betrieb gesichert ist, zur Verfügung gestellt werden. Dies schließt die Ausreichung der Fördermittel durch das Land Brandenburg ebenso ein, wie die Bereitstellung der Mittel durch die LHP und die Vereine.
2. Um das Vorhaben zeitlich nicht zu verzögern, ermächtigt die Stadt-

verordnetenversammlung den Oberbürgermeister, vertreten durch die Geschäftsbereichsleiterin des Geschäftsbereiches Bildung, Kultur, Sport die Verhandlungen mit den Vereinen und dem zuständigen Ministerium des Landes Brandenburg zur Errichtung (Neubau oder Sanierung) eines Gebäudes „Haus der Vereine“ auf dem Gelände des Luftschiffhafens weiter zu betreiben. Im Rahmen der Errichtung wird die Landeshauptstadt hierbei die Bauherrenfunktion übernehmen.

3. Nach Erstellung der Planungsunterlagen ist der Stadtverordnetenversammlung ein Entscheidungsvorschlag über die Errichtung des Gebäudes „Haus der Vereine“ vorzulegen, in dem die Kosten sowohl für den Neubau als auch die Sanierung mit den jeweiligen Folgekosten gegenübergestellt werden. Darüber hinaus sind der Stadtverordnetenversammlung die entsprechenden Nutzungsüberlassungsverträge zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Die LHP finanziert die Planungsleistungen vor. Dazu wird GB 2 ermächtigt, im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung den im Plan 2007 unter der Haushaltsstelle 56501 96008 vorgesehenen Ansatz von 1,8 Mio. € i.H.v. bis zu 60 T€ ab dem 5.4.2007 zur Erstellung der HU-Bau in Anspruch zu nehmen.
5. *In den Endverhandlungen der Nutzungsüberlassungsverträge ist als Ziel zu sichern, dass sich aus Betrieb und Erhaltung des Hauses der Vereine keine weiteren Belastungen für den städtischen Haushalt ergeben.*

Abstimmungsergebnis der DS 07/SVV/0142 mit dem Ergänzungsantrag zu Punkt 5:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

**zu 2.5 Sachstand Schulentwicklungsplanung und Ausblick
Vorlage: 07/SVV/0159**

Frau Fischer macht kurze Ausführungen.

Frau Paulsen möchte wissen, wann Zahlenmaterial nachgereicht wird.

Frau Fischer erklärt, dass der Sachstand den Verfahrensweg der Schulentwicklungsplanung beschreibt und nicht die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes ist.

Frau Drohla bittet um genauere Angaben zu den Schulstandorten auf Seite 5 zu Punkt 4. Sie bittet um exaktere Angaben zu den Schulsozialarbeitern. Für den Sozialraum VI sind die Grundschulen zu ergänzen.

Frau Fischer erläutert, dass bei Sozialraum II und III Grundschulen gemeint sind. Sozialraum VI wird ergänzt.

Frau Ewers ergänzt, dass es sich um eine Mitteilungsvorlage bezüglich des Beschlusses 06/SVV/0737 handelt, wonach ein Sachstand zur Umsetzung der Schulentwicklungsplanung vorzulegen war. Zur Schulsozialarbeit ist der Fachbereich in der Abstimmung. Es sollte nicht thematisch untersetzt werden.

Frau Schulze schlägt vor, in den Fraktionen Fragen zu formulieren und diese in die nächste AG-Schulentwicklung mitzunehmen.

Herr Kümmel fragt, ob die Möglichkeit besteht in der AG-Schulentwicklung mitzuwirken, bevor eine Beschlussvorlage zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes vorgelegt wird.

Frau Fischer bittet darum, Fragen und Probleme in der AG-Schulentwicklung zu besprechen.

Beschlusstext:

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage „Sachstand Fortschreibung Schulentwicklungsplanung und Ausblick“ zur Kenntnis.

zu 3

Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

Mitteilung der Verwaltung

- Landeswettbewerb „Jugend musiziert“

Prof. Dr. Thiel informiert zum Landeswettbewerb „Jugend musiziert“, der vom 23. bis 24. März in der Landeshauptstadt Potsdam stattfindet. Er ist ein kultureller und kulturpolitischer Höhepunkt auf dem Gebiet des Laienmusizierens. Er wird zu ersten Mal in Potsdam stattfinden. Erwartet werden ca. 249 Teilnehmern und ca. 5000 Gäste. Von den 249 Preisträgern aus dem Land Brandenburg sind 40 Schüler aus der Städtischen Musikschule Potsdam. Er lädt zu den Wertungsspielen und der Abschlussveranstaltung in den Nikolaisaal, wo das Jugendsinfonieorchester die musikalische Gestaltung übernehmen wird, ein.

Frau Drohla bittet darum, ein Dankeschön an das Kollegium der Musikschule auszusprechen.

- Strategische Entwicklungsziele der Volkshochschule „Albert Einstein“ Potsdam

Frau Dr. Voigtländer informiert, dass sich die VHS in 17 Monaten einem Qualitätsprüfungsprozess unterzogen hat und sich in den nächsten vier Jahren einer Retestierung unterziehen wird. Die VHS hat u.a. ein eigenes Leitbild und Führungsgrundsätze entwickelt, Kompetenzprofile für Mitarbeiter festgelegt, sich stärker systematisiert und evaluiert. Langfristige strategische Ziele sind:

1. Die Kommunikation der VHS mit den wichtigsten Entscheidungsträgern der Stadt, Politik und Verwaltung, wird systematisiert.
2. Der Leistungsbereich der VHS „Bildung nach Maß“ wird weiter entwickelt. Instrumente zur aktiven Akquise werden entwickelt, eingesetzt und in ihrer Wirkung evaluiert und dokumentiert.

zu 4

Sonstiges

Frau Drohla informiert über die Sitzung der AG Jugendhilfe-Schule am 16.03.2007, die in der Hoffbauer-Stiftung im Jugendhaus OASE durchgeführt wurde.

Man verständigt sich dazu, dass das Protokoll der Sitzung AG Jugendhilfe-Schule mit der Niederschrift der heutigen Sitzung an die Ausschussmitglieder verteilt wird.

Herr Kümmel fragt nach, ob es für die Bewerbung für LuBK eine Zweitwunschregelung gibt. Problem sei, dass die Eltern zu wenig informiert sind.

Herr Bogel-Meyhöfer erläutert, dass es in der Konzeption LuBK diese Möglichkeit nicht gab. Man ging davon aus, dass jede Schule, die LuBK führt, diese unter einem bestimmten Profil führt. Bei der Entwicklung der Profile hat sich gezeigt, dass die Schulen die Profilierung breiter gesehen haben, auch die Potsdamer Schulen. In die Verordnung LuBK, Paragraph 9, wurde aufgenommen, dass Eltern, wenn sie es wünschen, die Möglichkeit eines Zweitwunsches haben. Es ist so zu verfahren wie beim Ü 7-Verfahren. Im Anmeldeformular der Grundschulen ist nur ein Erstwunsch vorgesehen. Deshalb hat das Staatliche Schulamt beschlossen, ein Schreiben an die Schulleiter, die LuBK haben, zu entwerfen, in welchem die Schulleiter aufgefordert werden die Eltern über diese Möglichkeit zu informieren. Die Verordnung tritt erst mit dem neuen Schuljahr in Kraft. Die Eltern erfahren von den Schulleitern, dass die Möglichkeit besteht, wenn sie es wünschen, auf dem Anmeldeformular einen Zweitwunsch zu ergänzen.

Frau Drohla bittet das Staatliche Schulamt darum, in der nächsten Sitzung zu folgenden Punkten etwas zu sagen:

1. Anwahl Ü 7
2. Wie läuft der Prozeß der Schließung Sek I in den Schule 19 und 49 für Schüler und Lehrer?
3. Welche Maßnahmen werden durch das Schulamt angesetzt, um Qualität in der Grundschule abzusichern (z. B. Fremdsprachen, Geschichte, Fachlehrereinsatz)?

Frau Frevert führt aus, dass der Kreisschulbeirat ein Gremium ist, welches zur Anhörung zur Schulentwicklungsplanung aufgefordert wird. Es unterbreitet das Angebot, im Vorfeld der Schulentwicklungsplanung in der AG-Schulentwicklung mitzuwirken.